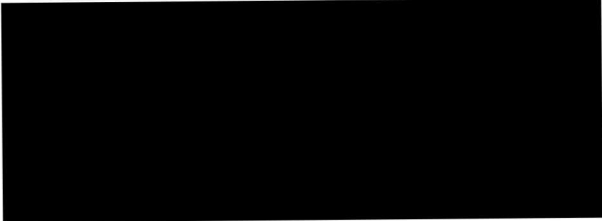


Bezirksamt Spandau von Berlin, 13578 Berlin (Postanschrift)

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)


Ord VetLeb 21-19-L-174

Mit Zustellungsurkunde



Telefon (030) 90279- 3350
Telefax (030) 90279- 7602
Intern 9279-3350
E-Mail vetleb@ba-spandau.berlin.de
*(Hinweis siehe unten)
Internet www.berlin.de/ba-spandau/
Datum 16.04.2019

Ihr Antrag vom 08.03.2019 [# 60503] nach dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG)

Sehr geehrte(r) 

am 08.03.2019 haben Sie per E-Mail nach § 1 in Verbindung mit § 2 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation (Verbraucherinformationsgesetz – VIG) den Zugang zu Informationen über die beiden letzten lebensmittelrechtlichen Überprüfungen des Betriebes

„Sushi Yana“
Pichelsdorfer Straße 120
13595 Berlin

und im Falle von Beanstandungen die Herausgabe der entsprechenden Kontrollberichte beantragt.

Der Antrag wird abgelehnt.

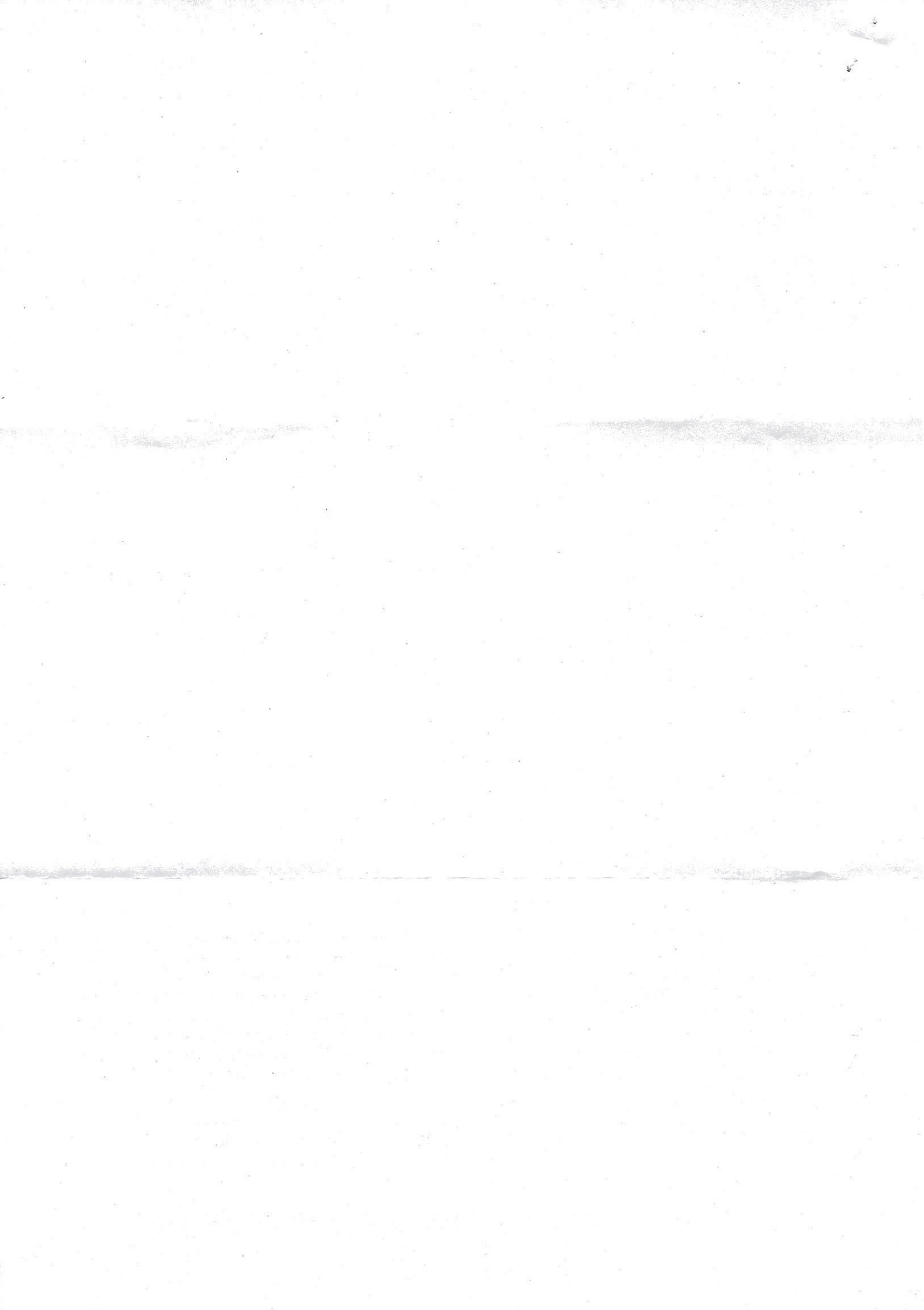
Begründung

sachlich

Der Verein foodwatch e.V. hat in Zusammenarbeit mit der Transparenz-Initiative FragDenStaat im Internet eine gemeinsame Online-Plattform unter dem Namen „Topf Secret“ eingerichtet, über die Verbraucher mit wenigen Klicks automatisiert vorformulierte Anträge nach dem VIG auf Zugang zu Informationen über Hygienekontrollen in einzelnen Lebensmittelbetrieben an die Behörde stellen können. Der Antragsteller wählt hierzu mittels einer geographischen Kartendarstellung den betreffenden Betrieb aus und gibt anschließend nur noch seinen Namen sowie seine E-Mail- und Postadresse ein, bevor der Antrag per E-Mail an die jeweils zuständige Lebensmittelaufsicht übermittelt wird. Antwortet die Behörde auf digitalem Weg, soll der Antragsteller die Antwort auf der Plattform „Topf Secret“ hochladen, damit sie für alle sichtbar ist. Per Post übermittelte Ant-

| Verkehrsverbindungen: | Geldinstitut | Kontonummer | IBAN | BIC | Bankleitzahl |
|--|--------------------|-------------|--|-------------------------|--------------|
| U-Bahn Linie 7, S-Bahn S5, S75, RB, RE | Postbank Berlin | 5580-100 | <u>IBAN:</u> DE91 1001 0010 0005 5801 00 | <u>BIC:</u> PBNKDEFF100 | 100 100 10 |
| Bus 130, 134, 135, 136, 145, 236, 237, 337, M32, M37, 638, 639, 671, X33 | Berliner Sparkasse | 0810004607 | <u>IBAN:</u> DE14 1005 0000 0810 0046 07 | <u>BIC:</u> BELADEBEXXX | 100 500 00 |
| | Berliner Bank | 0510221500 | <u>IBAN:</u> DE95 1007 0848 0510 221500 | <u>BIC:</u> DEUTDEDB110 | 100 708 48 |

*Hinweis zu E-Mails: Verschlüsselte E-Mails können aus technischen Gründen nicht bearbeitet werden, mit Signatur versehene E-Mails nur, wenn sie an den elektronischen Zugang gemäß § 3a Abs. 1 VwVfG: vetleb@ba-spandau.berlin.de gerichtet werden.



worten sollen abfotografiert, eingescannt und ebenfalls auf der Plattform für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Am 08.03.2019 haben Sie unter dem Zeichen [# 60503] einen solchen Antrag, gestützt auf § 1 VIG, für den Betrieb „Sushi Yana“ in der Pichelsdorfer Straße 120 in Berlin-Spandau bei der Veterinär- und Lebensmittelaufsicht Spandau gestellt. Darin wird der Zugang zu den Informationen beantragt, wann die beiden letzten lebensmittelrechtlichen Überprüfungen im benannten Betrieb stattgefunden haben und ob es hierbei zu Beanstandungen kam. Weiter ist in dem Antrag klar gestellt, dass unter „Beanstandungen“ unzulässige Abweichungen von den Anforderungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB) im Sinne von § 2 Absatz 1 VIG verstanden werden und dass im Falle von festgestellten Beanstandungen die Herausgabe des entsprechenden Kontrollberichts gefordert wird.

rechtlich

Das Bezirksamt Spandau von Berlin – Veterinär- und Lebensmittelaufsicht – als untere Behörde hat nach Nr. 16a Abs. 1 Buchstabe a) der Anlage zum Allgemeinen Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz – ASOG Bln) Zuständigkeitskatalog Ordnungsaufgaben – ZustkatOrd- (zu § 2 Abs. 4 Satz 1) die Aufsicht über den Verkehr mit Lebensmitteln und ist nach Nr. 16a Abs. 1 Buchstabe b) ZustkatOrd für die Überwachung der Einhaltung der vorgeschriebenen allgemeinen und spezifischen lebensmittelhygienerechtlichen Anforderungen in den Betrieben und damit für den Erlass dieses Verwaltungsaktes im Rahmen der Lebensmittel- und Veterinäraufsicht zuständig.

Mit Hilfe des Verbraucherinformationsgesetzes können sich Verbraucher an Behörden wenden, um insbesondere Auskünfte zu Lebensmitteln, Futtermitteln, Kosmetika und sogenannten Bedarfsgegenständen zu erhalten. Der Informationsanspruch ist gegen die Behörde gerichtet und umfasst sowohl Kennzeichnung, Herkunft, Beschaffenheit, Verwendung, Herstellung und Behandlung von Produkten als auch Anfragen zu hygienischen Umständen in der Produktion.

§ 1 VIG sichert den Verbrauchern freien Zugang zu den bei informationspflichtigen Stellen vorliegenden Informationen über Erzeugnisse im Sinne des LFGB sowie Verbraucherprodukte, die dem § 2 Nummer 26 des Gesetzes über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt (Produktsicherheitsgesetz – ProdSG) unterfallen, zu, um den Markt transparenter zu gestalten und hierdurch den Schutz der Verbraucher vor gesundheitsschädlichen oder sonst unsicheren Erzeugnissen und Verbraucherprodukten sowie vor Täuschung beim Verkehr mit Erzeugnissen und Verbraucherprodukten zu verbessern.

Nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 VIG hat jeder nach Maßgabe dieses Gesetzes Anspruch auf freien Zugang zu allen Daten über von den nach Bundes- oder Landesrecht zuständigen Stellen festgestellte nicht zulässige Abweichungen von Anforderungen des LFGB und des ProdSG, der aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen und der unmittelbar geltenden Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union im Anwendungsbereich der genannten Gesetze sowie Maßnahmen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit den genannten Abweichungen getroffen worden sind.

Gemäß § 4 Absatz 4 Satz 1 VIG ist ein missbräuchlich gestellter Antrag abzulehnen.

Diese Regelung dient dem Schutz einer funktionierenden Verwaltung als Allgemeininteresse und lässt der Behörde bei einem missbräuchlich gestellten Antrag keinen Ermessensspielraum. Missbräuchlichkeit ist anzunehmen, wenn der Antragsteller die Verwaltung für unnütze oder unlautere Zwecke oder sonst missbräuchlich in Anspruch nimmt und dabei gegen Treu und Glauben verstößt.

In Auslegung des allgemeinen Rechtsgrundsatzes von „Treu und Glauben“, der beispielsweise in § 242 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) auch kodifiziert ist, wäre ein Antrag dann missbräuchlich gestellt, wenn der Antragsteller in Wirklichkeit andere als die im VIG vorgesehenen,



insbesondere verfahrensfremde oder verfahrenswidrige Ziele verfolgt, für die der Informationsanspruch nach dem VIG sinnwidrig instrumentalisiert wird.

Im vorliegenden Fall liegt eine missbräuchliche Antragstellung vor. Anhand der auf der Online-Plattform veröffentlichten Erläuterungen ist ersichtlich, dass bei den auf „Topf Secret“ automatisiert vorformulierten Anträgen entgegen der Formulierung im Text kein individuelles Informationsinteresse das Motiv der Antragstellung bildet, sondern dass die Sammlungs- und Veröffentlichungsabsicht der tatsächliche Grund der Anfrage ist. Das VIG sieht aber ein Veröffentlichungsrecht der Antragsteller gerade nicht vor. Durch die Veröffentlichung soll ein umfassendes Register aller lebensmittelverarbeitenden Betriebe geschaffen werden, obwohl die Erstellung eines solchen Registers durch die überwachenden Behörden vom Gesetz nicht gestattet ist. Wegen der Grundrechtsbindung der Exekutive bedarf die Erstellung eines staatlichen Registers einer gesetzlichen Grundlage. Als einzig mögliche gesetzliche Grundlage käme derzeit § 40 Absatz 1a LFGB in Betracht. Diese Vorschrift ist jedoch nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21.03.2018 – 1 BvF 1/13 - nicht anwendbar, da sie keine (grundrechtsschützende) Regelung enthält, nach der zumindest für den Betroffenen nachteilige Informationen nach Ablauf einer bestimmten Zeit überprüft und gegebenenfalls gelöscht werden müssen. Durch das Portal „Topf Secret“ sollen unter Umgehung der Schranken, welche den Überwachungsbehörden gesetzt sind, grundrechtsrelevante Informationen veröffentlicht werden. Dies soll mittels einer gesetzlichen Vorschrift im Verbraucherinformationsgesetz erfolgen, die auf eine Veröffentlichung der Information nicht ausgelegt ist und die erst recht keine grundrechtsschützenden Ausgleichsmaßnahmen vorsieht, wie sie vom Bundesverfassungsgericht bei § 40 Absatz 1a LFGB als fehlend beanstandet wurden. Damit würde eine Umgehung des gesetzgeberischen Willens erfolgen, welcher eine Veröffentlichung (nur) durch die Behörde unter Beachtung besonderer, grundrechtsschützender Voraussetzungen vorgesehen hat.

Da vorliegend erkennbar ist, dass Ihr Antrag auf Informationsgewährung vom 08.03.2019 im Zusammenhang mit der Aktion „Topf Secret“ steht, muss dieser als rechtsmissbräuchlich gemäß § 4 Absatz 4 VIG abgelehnt werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich oder zur Niederschrift beim Bezirksamt Spandau von Berlin, Abt. Bürgerdienste, Ordnung und Jugend, Ordnungsamt, Veterinär- und Lebensmittelaufsicht, Carl-Schurz-Str. 2-6, 13597 Berlin, Zimmer U 50/ U 48, zu erheben. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen und fristgerecht an vetleb@ba-spandau.berlin.de zu senden.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs die Widerspruchsfrist nur dann gewahrt ist, wenn der Widerspruch innerhalb dieser Frist eingegangen ist.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag



Fundstellennachweis:

Gesetzestexte können in öffentlichen Bibliotheken/ Büchereien und zum Großteil auch im Internet eingesehen werden. Maßgeblich ist jeweils die gültige Fassung.

BGBI. = Bundesgesetzblatt

GVBl. = Gesetz- und Verordnungsblatt

ABl. = Amtsblatt

Bürgerliches Gesetzbuch (**BGB**)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002

Fundstelle: BGBI. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738

in der jeweils geltenden Fassung

Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (**ASOG Bln**)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.10.2006

Fundstelle: GVBl. S. 930

in der jeweils geltenden Fassung

Gesetz zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation (Verbraucherinformationsgesetz – **VIG**)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Oktober 2012

Fundstelle: BGBI. I S. 2166, 2725

in der jeweils geltenden Fassung

Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch (**LFGB**)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.06.2013

Fundstelle: BGBI. I 2013 S. 1426

in der jeweils geltenden Fassung

Gesetz über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt (Produktsicherheitsgesetz – **ProdSG**) vom 08. November 2011

Fundstelle: BGBI. I S. 2178, 2179; 2012 I S. 131)

in der jeweils geltenden Fassung

Informationen zum Datenschutz

(gemäß Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung)

Verantwortlicher für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Bezirksamt Spandau von Berlin
Abteilung Bürgerdienste, Ordnung und Jugend
Carl-Schurz-Str. 2/6
13597 Berlin

Telefon: +49 30 90279 - 0

Ansprechpartner in der Abteilung Bürgerdienste, Ordnung und Jugend Ordnungsamt

Herr Manzel
Telefon: +49 30 90279 - 3004
Telefax: +49 30 90279 - 3001
E-Mail: markus.manzel@ba-spandau.berlin.de

Behördlicher Datenschutzbeauftragter des Verantwortlichen

Bezirksamt Spandau von Berlin
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Carl-Schurz-Str. 2/6
13597 Berlin

Telefon: +49 30 90279 - 3636
E-Mail: datenschutz@ba-spandau.berlin.de

Einzelheiten zur Datenverarbeitung

Für die Bearbeitung von Anträgen nach dem Gesetz zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation (Verbraucherinformationsgesetz – VIG) werden, sofern es erforderlich ist, personenbezogene Daten (Name, Vorname, Anschrift) erhoben, die dann vom Verantwortlichen verarbeitet, d.h. genutzt, gespeichert, übermittelt oder gelöscht werden.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt aufgrund von Artikel 6 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO) in Verbindung mit § 3 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten in der Berliner Verwaltung (Berliner Datenschutzgesetz – BlnDSG).

Die Daten werden ggf. an Behörden des Landes Berlin, z.B. an andere Lebensmittelüberwachungsbehörden oder an das Verwaltungsgericht Berlin, übermittelt, soweit dies für die Erfüllung der Aufgaben des Verantwortlichen und zur Durchführung der rechtlichen Vorgaben erforderlich ist. Zudem ist nach § 5 Absatz 2 Satz 4 VIG eine Weitergabe von Namen und Anschrift der antragstellenden Person an Dritte, deren rechtliche Interessen durch den Ausgang des Verfahrens berührt werden können, auf deren Nachfrage, gesetzlich vorgeschrieben.

Ihre personenbezogenen Daten werden bei dem Verantwortlichen für die Dauer der Bearbeitung und Tätigkeit gespeichert und spätestens 10 Jahre nach Aufgabe des Betriebes gelöscht.

Betroffenenrechte

Auskunft (Artikel 15 DSGVO)

Sie haben das Recht, Auskunft von dem Verantwortlichen zu verlangen, ob dieser personenbezogene Daten verarbeitet, die Sie betreffen. Wenn das der Fall sein sollte, erhalten Sie nach Maßgabe von Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung auch nähere Auskünfte zu den vorhandenen personenbezogenen Daten.

Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruch (Artikel 16, 17, 18 und 21 DSGVO)

Sie haben entsprechend der jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen das Recht, die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten sowie deren Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Zudem können Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung erheben.

Widerruf einer Einwilligung (Artikel 7 DSGVO)

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, können Sie diese Einwilligung jederzeit widerrufen. Mit Zugang des Widerrufs werden die personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeitet. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Beschwerde bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde

Für Beschwerden im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Datenschutz-Aufsichtsbehörde:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Friedrichstr. 219
10969 Berlin

Besuchereingang:
Puttkamerstr. 16-18

Telefon: +49 30 13889 - 0
Telefax: +49 30 2155050
E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de